

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Mai 2026
– Drucksache 18/36**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2022 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 8: Einsätze und Ausstattung der Bereit-
schaftspolizei**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Mai 2026 – Drucksache 18/36 –
Kenntnis zu nehmen.

2.7.2026

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Swantje Sperling

Nicolas Fink

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 18/36 in seiner
2. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 2. Juli 2026.

Die Berichterstatterin trug vor, in der vorliegenden Mitteilung berichte die Landes-
regierung, dass Baden-Württemberg das Thema „Ausstattung der Bereitschaftspo-
lizeien der Länder durch den Bund“ weiterhin mit Nachdruck verfolge, dass die In-
nenministerkonferenz eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel des Bundes zur
Deckung der tatsächlichen Bedarfe in den Bereitschaftspolizeien gefordert habe
und die Abstimmung zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich fortgesetzt
worden sei. Zugleich zeige der Bericht, dass beim Bund weiterhin Handlungsbe-
darf bestehe und eine auskömmliche Finanzierung in diesem Bereich bislang nicht
erreicht sei.

Die Berichterstatterin empfahl, von der vorliegenden Mitteilung abschließend
Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der AfD brachte vor, Baden-Württemberg habe in der Vergan-
genheit immer sehr freigiebig Polizeikräfte zur Unterstützung in andere Bundes-

Ausgegeben: 15.7.2026

1

länder entsandt. Der Bund sei aber nicht bereit, die nötigen Ausgleichszahlungen zu übernehmen. Er wolle wissen, was das Land Baden-Württemberg unternehme, um entsprechenden Druck aufzubauen, damit ein adäquater finanzieller Ausgleich erfolge.

Ein Vertreter des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Europa wies darauf hin, die vorliegende Mitteilung betreffe die Finanzierung und Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder mit Führungs- und Einsatzmitteln durch den Bund. Die von dem Abgeordneten der AfD angesprochenen Unterstützungseinsätze baden-württembergischer Polizeikräfte in anderen Bundesländern würden auf der Basis eines Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern separat abgerechnet.

Auf Nachfrage des Abgeordneten der AfD versicherte er, dass Baden-Württemberg die Unterstützungseinsätze seiner Polizeikräfte in anderen Bundesländern abrechne und entsprechende Ausgleichszahlungen einfordere.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 18/36 Kenntnis zu nehmen.

15.7.2026

Sperling